

Übersicht

über die gefassten Beschlüsse in der 1. Gemeinschaftssitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg am 16.11.2021:

TO Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./ Ergebnis	Abstim- mungs- ergebnis
	Öffentlicher Teil		
1	Allgemeine und Geschäftsordnungs- angelegenheiten	PVA BN/RSK 01/21: Zustimmung zum Live-Streaming	RSK: einstimmig, Seite 6
1.1	Anerkennung der Tagesordnung	PVA BN/RSK 02/21: Vertagung von TOP 2, Absetzung aller übrigen TOPs für den AWPB,	AWPB Bonn: einstimmig, Seite 7/8
		PVA BN/RSK 03/21: Änderung und Ergänzung der TO	RSK: einstimmig Bonn: einstimmig, Seite 8
2	NEILA Nachhaltige Entwicklung durch Interkommunales Landmanagement in der Region Bonn/ Rhein-Sieg/Ahrweiler - aktueller Sachstand/ Vortrag Prof. Dr. Wiechmann -	abgesetzt bzw. auf die nächste Sitzung des AWBP vertagt	
3	Stadtbahn Bonn - Niederkassel - Köln - Vortrag Dr. Groneck -	PVA BN/RSK 04/21: Zustimmung zur Beschlussempfeh- lung an den Rat	Bonn: einstimmig RSK: ./., Seite 11
4	Aus- bzw. Neubau der A 565 im Bereich des Tausendfüßlers	Kenntnisnahme, Kompromissfindung durch verkehrspoli- tische Sprecher Bonn/RSK geplant	

TO Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./ Ergebnis	Abstim- mungs- ergebnis
5	Umbau der Kreuzung B 56 - Bundesgrenzschutz- straße - Reinhold-Hagen-Straße	Kenntnisnahme	
6	Regionales Fahrradmietsystem einführen	PVA BN/RSK 05/21: Zustimmung zum ergänzten Antrag des Abg. Becker	RSK: einstimmig Bonn: einstimmig, Seite 19
7	Stadtbahnlinie 66		
7.1	Situation Friedhof Beuel	Kenntnisnahme	
7.2	Anschaffung neuer Fahrzeuge	Kenntnisnahme	
8	Modellprojekt innovativer digitaler Pendler-Tarif	PVA BN/RSK 06/21: Zustimmung zum ergänzten Be- schlussvorschlag	RSK: einstimmig Bonn: vertagt auf den 23.11.20 21, Seite 22
9	Antrag der Bonner CDU-Fraktionvom 26.10.2021: Vortrag zum überregionalen ÖPNV sowie SPNV	vertagt	
10	Antrag der Bonner CDU-Fraktion vom 26.10.2021: Weiterentwicklung von überregionalen Ver- kehrsprojekten	vertagt	
10.1	Beteiligung des Rhein-Sieg-Kreises an dem Projekt "METRO-KLIMA-LAB"	PVA BN/RSK 07/21: Zustimmung zur Beschlussempfeh- lung an KA/KT	RSK: einstimmig Bonn: ./., Seite 23
11.	Mitteilungen und Anfragen		
11.1	Aktuelle Mitteilungen und Anfragen		
	Nichtöffentlicher Teil		
12.	Mitteilungen und Anfragen		

Niederschrift

über die gefassten Beschlüsse in der 1. Gemeinschaftssitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg am 16.11.2021:

Sitzungsbeginn: 17:10 Uhr Sitzungsende: 19:30 Uhr Ort der Sitzung: Bonn

Datum der Einladung: 29.10.2021 Einladungsnachtrag vom: 04.11.2021

Anwesende Mitglieder (Rhein-Sieg-Kreis):

Kreistagsabgeordnete CDU

Herr Dirk Beutel Herr Franz Gasper

Herr Marcus Kitz bis 19.10 Uhr

Herr Oliver Krauß

Herr Christian Siegberg

Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Herr Horst Becker

Herr Michael Schroerlücke

Herr Ingo Steiner

Herr Karl-Otto Stiefelhagen

Kreistagsabgeordnete SPD

Frau Hanna Nora Meyer

bis 18.35 Uhr

Herr Nils Suchetzki Herr Denis Waldästl

Kreistagsabgeordneter FDP

Herr Dr. Friedrich-Wilhelm Kuhlmann

Kreistagsabgeordneter AfD

Herr Bernhard Schindler

Kreistagsabgeordnete DIE LINKE

Frau Katharina Blank

TOP Beratungsgegenstand Vorlagen-/Antrags-Nr.

Sachkundiger Bürger CDU

Herr Guido Koch

Sachkundiger Bürger FDP

Herr Felix Keune

Schriftführerin

Frau Ursula Hillebrand

Entschuldigt fehlten:

Aufgrund der aktuellen Corona-Lage haben sich die Fraktionen CDU, GRÜNE und SPD des Rhein-Sieg-Kreises darauf geeinigt, zu der heutigen Gemeinschaftssitzung nur die Hälfte der Ausschussmitglieder zu entsenden. Die übrigen Mitglieder verzichten auf eine Teilnahme und gelten als entschuldigt.

Vertreter/-innen der Verwaltung des Rhein-Sieg-Kreises:

Herr Dr. Tengler Leiter des Referates Wirtschaftsförderung und

Strategische Kreisentwicklung

Herr Dr. Sarikaya Stellv. Wirtschaftsförderer

Herr Dr. Berbuir Fachbereichsleiter Verkehr und Mobilität

Herr Dr. Groneck Fachbereich Verkehr und Mobilität

Herr Pütz Leiter des Straßenverkehrsamtes (bis einschl. TOP 5)

Anwesende Mitglieder (Bundesstadt Bonn):

Friederike Dietsch Vorsitzende des Ausschusses für Mobilität und Verkehr

Alois Saß Vorsitzender des Ausschusses für Wohnen, Planung

und Bauen

Rolf Beu

Max Biniek

Jutta Brodhäcker

Valentin Brückel Vertretung für: Dr. Barbara Krausz

Reiner Burgunder

Lisa Dallinger Vertretung für: Gabi Mayer

Frank Fremerey

Arno Hospes

TOP Beratungsgegenstand Vorlagen-/Antrags-Nr.

Peter Kox Detlef Kunde Gabriel Kunze

Karin Langer Vertretung für: Dr. DoninikMaxein

Torben Leskien Bernhard Meier

Rahim Öztürker Vertretung für: Kaveh Javadi Samghabadi

Dr. Lisanne Riedel

Holger Schmidt Vertretung für: Patrick Tollasz

Achim Schröder Georg Schäfer

Elisabeth Struwe Vertretung für: Marcel Schmitt

Frederic Tesfay Frank Thomas Jürgen Wehlus

Beratende Mitglieder: Hartwig Lohmeyer Binnaz Öztoprak

Gregor Mayer digital zugeschaltet
Bert Moll digital zugeschaltet
René Pausch digital zugeschaltet
Dr. Daniel Rutte digital zugeschaltet

Vertreter/-innen der Verwaltung der Bundesstadt Bonn:

Stadtbaurat Wiesner Planungsdezernent Frau Denny Planungsamtsleiterin

Herr Juffa Planungsamt (digital zugeschaltet) Herr Schütt Planungsamt (digital zugeschaltet)

Gäste:

./.

TOP Beratungsgegenstand Vorlagen-/Antrags-Nr.

Öffentlicher Teil

1	Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten	

Stv. <u>Dietsch, Vorsitzende des Ausschusses für Mobilität und Verkehr der Bundesstadt Bonn</u>, eröffnete die 1. Gemeinsame Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse der Bundesstadt Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises und begrüßte die Mitglieder des Ausschusses für Mobilität und Verkehr und des Ausschusses für Wohnen, Planung und Bauen der Bundesstadt Bonn sowie die Mitglieder des Ausschusses für Planung und Verkehr des Rhein-Sieg-Kreises. Sie machte darauf aufmerksam, dass während der gesamten Sitzung Maskenpflicht bestehe.

Abg. Steiner, Vorsitzender des Ausschusses für Planung und Verkehr des Rhein-Sieg-Kreises, begrüßte ebenfalls die Mitglieder der Ausschüsse, die Vertreter der beiden Verwaltungen und der Presse. Er stellte die form- und fristgerechte Einladung fest und wies darauf hin, dass mit Nachtrag vom 04.11.2021 die Tagesordnung um den TOP 10.1 "Beteiligung des Rhein-Sieg-Kreises an dem Projekt "METRO-KLIMA-LAB" ergänzt und gleichzeitig die mit der Einladung angekündigten Nachsendungen versandt wurden. Darüber hinaus sei mit einer 2. Nachsendung eine Vorlage der Stadt Bonn zu TOP 7.1 "Stadtbahnlinie 66/Situation Friedhof Beuel" zur Kenntnis nachgereicht worden.

Auf Grund der aktuellen Corona-Lage werde Herr Prof. Dr. Wiechmann den zu TOP 2 "NEILA" angekündigten Vortrag heute nicht halten. Der Vortrag werde in den Kommunen nachgeholt.

Er wies darauf hin, dass sich die drei großen Fraktionen im Rhein-Sieg-Kreis auf Grund der stark gestiegenen Inzidenzzahlen darauf verständigt haben, nur die Hälfte ihrer Ausschuss-Mitglieder in die heutige Sitzung zu entsenden.

Da nach der Geschäftsordnung für den Kreistag Film- und Tonaufnahmen vom Ausschuss genehmigt werden müssten, ließ er die Mitglieder des Ausschusses für Planung und Verkehr des Rhein-Sieg-Kreises über das heute vorgesehene Live-Streaming der Sitzung abstimmen.

B.-Nr.: Der Ausschuss für Planung und Verkehr des Rhein-Sieg-Kreises stimmt dem Live-Streaming der heutigen Sitzung zu.

BN/RSK

<u>01/21</u>

Abst.- RSK: einstimmig

Erg.: Bonn: ./.

TOP Beratungsgegenstand Vorlagen-/Antrags-Nr.

Stv. <u>Dietsch und Stv. Saß, Vorsitzender des Ausschusses Wohnen, Planung, Bauen der Bundesstadt Bonn</u>, stellten fest, dass ihre jeweiligen Ausschuss-Mitglieder keine Einwendungen gegen das Live-Streaming der Sitzung haben.

Im Anschluss verpflichtete <u>Stv. Dietsch</u> für Bonn die Sachkundigen Bürger Frau Dallinger und Herr Brückel.

1.1 Anerkennung der Tagesordnung

Abg. <u>Steiner, Vorsitzender des Ausschusses für Planung und Verkehr des Rhein-Sieg-Kreises</u>, erkundigte sich nach Änderungswünschen zur Tagesordnung.

Abg. <u>Becker</u> (RSK) bat darum, TOP 6 "Regionales Fahrradmietsystem einführen" um "Sachstand und mögliche Beschlussfassung" zu ergänzen.

Stv. Wehlus bat darum, die Tagesordnungspunkte 9 (Bonn 9.1) und 10 (Bonn 10.1) zu vertagen, da es noch Beratungsbedarf gebe.

Stv. <u>Saß, Vorsitzender des Ausschusses Wohnen, Planung, Bauen der Bundesstadt Bonn</u> schlug vor, für den Ausschuss für Wohnen, Planung, Bauen nur den TOP 2 "NEILA" auf die Tagesordnung zu setzen, da es sich bei allen anderen Punkten nicht um Planungs-, sondern um Verkehrsthemen handele, für den sein Ausschuss nicht zuständig sei.

SkB <u>Kunde</u> (Bonn) erkundigte sich, ob TOP 2 "NEILA" von der Tagesordnung abgesetzt werden solle oder ob lediglich der Vortrag ausfalle.

Stv. <u>Beu</u> schlug vor, TOP 2 zu vertagen und in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Wohnen, Planung, Bauen zu beraten.

Stv. <u>Saß</u> ließ den Ausschuss für Wohnen, Planung, Bauen über die beiden Änderungen abstimmen.

B.-Nr.: PVA BN/RSK 02/21 Der Ausschuss für Wohnen, Planung und Bauen setzt alle Tagesordnungspunkte außer TOP 2 von der Tagesordnung ab. TOP 2 wird auf eine der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Wohnen, Planung und Bauen vertagt.

1. Gemeinschaftssitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg am
16.11.2021

TOP Beratungsgegenstand Vorlagen-/Antrags-Nr.

Abst.- AWPB: einstimmig

Erg.:

Im Anschluss an die Abstimmung verließen die Mitglieder des Ausschusses für Wohnen, Planung, Bauen die Sitzung.

Anschließend stellten die beiden Vorsitzenden, Stv. Dietsch und Abg. Steiner, die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung zur Abstimmung.

B.-Nr.: PVA BN/RSK

03/21

Die Tagesordnung wird mit folgenden Änderungen und Ergänzungen beschlossen: TOP 2 wird abgesetzt, TOP 6 wird zum Beschlusspunkt erhoben und wie folgt ergänzt: Regionales Fahrradmietsystem einführen – Sachstand und mögliche Beschlussfassung –, die Tagesordnungspunkte 9 und 10 werden vertagt.

Abst.- RSK: einstimmig Erg.: Bonn: einstimmig

NEILA
Nachhaltige Entwicklung durch Interkommunales Landmanagement in der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler
- aktueller Sachstand / Vortrag Prof. Dr. Wiechmann -

TOP 2 wurde abgesetzt.

3	Stadtbahn Bonn - Niederkassel - Köln	
	- Vortrag Dr. Groneck -	

Herr <u>Dr. Groneck</u>, Fachbereich Verkehr und Mobilität des Rhein-Sieg-Kreises, stellte den aktuellen Sachstand zur geplanten Stadtbahn Bonn – Niederkassel – Köln vor. Seine Präsentation ist als <u>Anlage 1</u> der Niederschrift beigefügt.

Stv. <u>Wehlus</u> dankte für den Vortrag und erkundigte sich, ob der Rhein-Sieg-Kreis das Projekt nur bis zur Stadtgrenze Bonn oder die gesamte Planung bis zum Hbf Bonn angemeldet habe.

Herr Dr. Groneck antwortete, der Rhein-Sieg-Kreis habe das Verfahren ko-

TOP Beratungsgegenstand Vorlagen-/Antrags-Nr.

ordiniert und selbstverständlich immer in Abstimmung mit der Verwaltung der Stadt Bonn die gesamte Strecke bis zum Hbf Bonn angemeldet. Anders hätte das Projekt auch keine Chance auf Förderung. Die Stadt Bonn habe sich auch an allen bisherigen Planungskosten beteiligt.

Abg. <u>Becker</u> betonte, die Stadtbahn sei ein sehr ambitioniertes Projekt für die nächsten Jahre, möglicher Weise sogar Jahrzehnte. Es hänge auch zusammen mit der Rheinquerung und den Fragestellungen rund um die Güterverkehrsstrecke Niederkassel. Aus der Sicht seiner Fraktion sei es von entscheidender Bedeutung, dass das Votum des Regionalrates spätestens im Februar zustande kommt, damit das Projekt noch vor den Landtagswahlen im ÖPNV-Bedarfsplan und im Finanzplan verankert werden könne. Zweitens sollten die Städte Köln und Bonn sowie der Rhein-Sieg-Kreis möglichst bald eine Verwaltungsvereinbarung mit entsprechender Kostenteilungsvereinbarung abschließen. Die Region werde sehr stark durch das Projekt profitieren. Deshalb sei er sehr froh, dass die Planungen unter der Federführung des Rhein-Sieg-Kreises in einer doch relativ kurzen Zeit so weit vorangebracht werden konnten.

Stv. <u>Beu</u> sprach sich ausdrücklich für das Projekt "Stadtbahn" aus und begrüßte die bisherigen Ergebnisse. Die Verbindung von Niederkassel nach Bonn sei eine der größten Pendlerverbindungen in der Region. Hier sei das Umsteigen vom Individualverkehr, aber auch von den Bussen auf eine Stadtbahn von Vorteil und stelle sich auch kostenökonomisch als sinnvoll dar. Er finde es auch richtig, dass das Projekt vom Rhein-Sieg-Kreis betreut werde. So könne sich die Stadt Bonn auf das Seilbahnprojekt konzentrieren. Er fragte nach, warum das Thema nicht in der letzten Sitzung des Regionalrates in diesem Jahr behandelt werden könne.

Herr <u>Dr. Groneck</u> stellte klar, dass die Terminvorgabe nicht am Regionalrat selber liege, sondern daran, dass mit den beiden Ministerien und dem NVR vereinbart worden sei, dass für die Anmeldung beim Regionalrat auch der endabgestimmte Erläuterungsbericht der Standardisierten Bewertung vorgelegt werden solle. Der Bericht werde gerade zwischen NVR und Verkehrsministerium NRW abgestimmt. Nach Aussage der Beteiligten solle dies bis zum Regionalrat im Februar möglich sein.

Abg. <u>Kitz</u> dankte für den Vortrag und schloss sich den Vorrednern an. Es sei sehr erfreulich, dass das Stadtbahnprojekt mit hohem Tempo und positiven Zahlen weitergehe. Als Niederkasseler freue er sich, dass die größte Stadt

TOP Beratungsgegenstand Vorlagen-/Antrags-Nr.

im VRS-Gebiet, die bisher noch keinen Schienenanschluss habe, dies möglicher Weise in einigen Jahren negieren könne. Er würde es daher sehr begrüßen, wenn der Ausschuss für Mobilität und Verkehr die Empfehlung an den Rat heute beschließen würde.

Abg. <u>Waldästl</u> äußerte, der Rhein-Sieg-Kreis habe bereits in seiner letzten Sitzung am 21.09.2021 beschlossen, dass die Verwaltung mit allen Projektbeteiligten ein Organisationsmodell sowie eine Kostenverteilungsvereinbarung abstimme. Es sollte Kreis- und Stadtgrenzen übergreifend klar sein, dass das Stadtbahnprojekt eines der maßgeblichen Verkehrsprojekte zur Attraktivitätssteigerung des ÖPNV sei. Insofern würde es seine Fraktion sehr begrüßen, wenn der im Rhein-Sieg-Kreis gefasste Beschluss auch in den anderen Gebietskörperschaften beschlossen werde.

SkB <u>Hospes</u> (Bonn) erkundigte sich bei der Verwaltung, ob im Haushalt der Stadt Bonn ausreichend Mittel für die Beteiligung am Stadtbahnprojekt bereitgestellt seien.

Herr <u>Juffa</u>, Planungsamt der Stadt Bonn, erläuterte, im 1. Halbjahr 2022 werde eine erneute Verwaltungsvorlage in die Gremien eingebracht. Darin werden auch die Planungskosten detailliert dargestellt. Es bestehe natürlich die Möglichkeit, einen Teil der Planungskosten über die ÖPNV-Pauschale mitzutragen. Die dann noch fehlenden Planungskosten bis HOAI Leistungsphase IV (Genehmigungsplanung) müssten im Haushalt 2022/2023 bereitgestellt werden.

Zur Frage des Stv. Wehlus bezüglich des Streckenabschnittes von der Niederkasseler Straße in Beuel bis zum Bonner Hbf ergänzte er, es gebe zurzeit zwei Planungen. Zum einen laufe hinsichtlich der Abstellanlage im Bonner Hbf ein Antrag beim NVR. Zum anderen gebe es im Rahmen des Stadtbahnkonzeptes 2023 einen Planungsauftrag von der SWB, den gesamten Streckenabschnitt vom Stadthaus über die Kreuzung Landgericht und die Kennedy-Brücke bis auf die Beueler Seite zu untersuchen. Das Gutachten beinhalte dann auch die Erfordernisse für eine zukünftige Stadtbahn Niederkassel. Geprüft werden müsse auch, wie es mit dem Wagenmaterial und dem Ausbau der Betriebshöfe aussehe.

Stellv. Beratendes Mitglied Öztürker (Bonn) fragte nach, wie die Kosten auf die beteiligten Kommunen verteilt werden.

Herr Dr. Groneck antwortete, mit der heute zu beschließenden Empfehlung

TOP Beratungsgegenstand Vorlagen-/Antrags-Nr.

an den Rat werde die Verwaltung auch mit der Klärung der Kostenfrage beauftragt. Die Überlegungen werden den Gremien anschließend erneut zur Abstimmung vorgelegt.

Stv. <u>Leskien</u> wollte wissen, ob eine Mittelbereitstellung im Haushalt 2022/23 ausreichend sei, um das Projekt wie vorgesehen weiterzuführen.

Herr <u>Juffa</u> wies darauf hin, dass im März 2022 zunächst die Aufnahme im ÖPNV-Bedarfsplan erfolgen müsse. Bis zur Beauftragung von Planungsbüros werde es noch eine Weile dauern. Insofern reiche es aus, im nächsten Doppelhaushalt weitere Mittel bereitzustellen.

Abg. <u>Becker</u> bat die Verwaltungen abschließend noch einmal, auf den engen Zeitplan zwischen Regionalrat und Landesverkehrsausschuss zu achten.

Herr Dr. Groneck sagte dies zu.

Stv. <u>Dietsch, Vorsitzende des Ausschusses für Mobilität und Verkehr der Bundesstadt Bonn</u>, stellte anschließend die Beschlussempfehlung an den Rat zur Abstimmung.

B.-Nr. PVA BN/RSK 04/21

Der Rat begrüßt die neuen Erkenntnisse aus der vertieften Machbarkeitsstudie und der Nutzen-Kosten-Untersuchung/Standardisierten Bewertung für eine Stadtbahnverbindung Bonn-Niederkassel-Köln sowie die Verknüpfung mit der Linie 7.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, das Stadtbahnprojekt Niederkassel inkl. Lückenschluss der Linie 7 zügig weiter zu verfolgen und mit den Projektbeteiligten ein Organisationsmodell sowie die Kostenverteilung für die nächsten Schritte abzustimmen.

Die Vorschläge für das Organisationsmodell, die Kostenverteilung und die Öffentlichkeitsbeteiligung sowie das weitere Vorgehen (Beauftragung weitere Planungsphasen) werden dem Rat in einer separaten Beschlussvorlage vorgelegt.

Ziel ist es, Anfang 2022 die Planung bis HOAI Leistungsphase IV (Genehmigungsplanung) aufzunehmen sowie begleitende Fachgutachten zu vergeben.

Abst.- Bonn: einstimmig

Erg.: RSK: ./.

1. Gemeins	chaftssitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bo	nn/Rhein-Sieg am
16.11.2021		

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
-----	---------------------	-----------------------

4	Aus- bzw. Neubau der A 565 im Bereich des	
	Tausendfüßlers	

Abg. <u>Dr. Kuhlmann</u>, bemerkte, er habe die Mitteilung der Stadt Bonn mit Interesse gelesen. Die Stadt Bonn fordere eine grundlegende Änderung der Konzeption des Ausbaus. Statt einem 6-spurigen Ausbau solle es nur noch eine 4-spurige Erneuerung geben. Als eines der wichtigsten Verkehrsprojekte in der Region dürfe der Ausbau auf keinen Fall weiter verzögert werden. Nächstes Jahr erlösche die Betriebserlaubnis. Wenn nicht rechtzeitig mit der Sanierung begonnen werde, drohen Fahrverbote für LKW's, Fahrbahnverengungen und Dauerstaus. Der zusätzliche Radweg sei aus Sicht seiner Fraktion zwar wünschenswert, aber auf Grund der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr realisierbar. Statt des Radweges entlang des Tausendfüßlers müsse die Stadt Bonn alternative Routen finden.

Abg. Krauß machte deutlich, der 6-spurige Ausbau des Tausendfüßlers sei ein Kompromiss gewesen, der in einer gemeinsamen Sitzung der Planungsund Verkehrsausschüsse, nicht zuletzt auch als Ersatz für andere Verkehrsprojekte, beschlossen worden sei. Im Rhein-Sieg-Kreis sei man überrascht, dass Bonn jetzt einen anderslautenden Beschluss fasse, der dem gemeinsam verabredeten Vorgehen zuwiderlaufe. Wenn veränderte politische Mehrheiten zu einem anderen Ergebnis kommen, hätte das weitere Vorgehen zumindest miteinander kommuniziert werden müssen. Als Hauptverbindungsroute zwischen dem links- und rechtsrheinischen Rhein-Sieg-Kreis sei die A 565 ein wichtiges Verkehrsprojekt der Region. Andererseits sei das Thema "Mobilitätswende" in allen Bereichen der Gesellschaft angekommen. Insofern dürften auch damalige Entscheidungen hinterfragt werden. Das Thema "Fahrradverkehr" hätte man z.B. viel früher parallel angehen müssen. Nichtsdestotrotz seien die Planungen jetzt schon weit vorangeschritten und nach seiner Meinung bleibe ein 6-spuriger Ausbau auch sinnvoll. Die Frage sei nur, ob eine Standspur zwingend erforderlich sei, oder ob diese nicht für einen Radschnellweg genutzt werden könne. Über diesen Kompromissvorschlag sollte gemeinsam nachgedacht werden.

Stv. <u>Leskien</u> dankte seinem Vorredner für die Einschätzung. Seine Fraktion habe sich im Rat – unabhängig von einem Radweg – für den 6-spurigen Ausbau eingesetzt, damit der Verkehr nicht in der ganzen Region zum Erliegen komme. Leider sei die Mehrheit den Argumenten nicht gefolgt.

TOP Beratungsgegenstand Vorlagen-/Antrags-Nr.

Stv. <u>Beu</u> betonte, die Mobilitätswende solle so umgesetzt werden, wie der Rat sie beschlossen habe. Die Idee von Herrn Abg. Krauß, die Standspur als Radschnellweg zu nutzen, sei sicherlich eine Überlegung wert, weil der Radverkehr für die Mobilitätswende wichtig sei. Die Autobahn GmbH und die Landesregierung haben aber bisher an ihrer ursprünglichen Planung festgehalten. Die Stadt Bonn habe in ihrer Stellungnahme das Votum des Rates übermittelt. Es bleibe abzuwarten, wie das Land damit umgehe.

SkE <u>Meier</u> (ADFC) wies darauf hin, dass der ADFC in seiner Stellungnahme zum Planfeststellungsverfahren mehrere Lösungsmöglichkeiten für einen Radweg aufgezeigt habe. Dafür müsse man nicht die Standspur nutzen.

Abg. Becker bemerkte, die Diskussion um den Radweg sei zwar nicht von Anfang an, aber lange vor dem heutigen Tag geführt worden. Schon vor mehr als einem Jahr habe sich das Land vehement gegen den Radweg ausgesprochen. Der Planungsdezernent der Stadt Bonn habe seinerseits in dem anschließenden Gespräch mit dem Landesverkehrsminister auf die Forderung verzichtet. Das sei falsch gewesen. Der Verweis auf eine andere Rheinquerung bringe nichts, weil man nicht wisse, wann und mit welcher Qualität eine solche Rheinquerung gebaut werde. Wenn man ernsthaft noch an einer gemeinsamen Ausrichtung interessiert sei, dann sollte man zusammen mit einem neuen Verkehrsministerium noch einmal neu nachdenken, ob es einen Standstreifen in der jetzt geplanten Form geben müsse. Es könne eigentlich in der heutigen Zeit nicht sein, dass man ein solches Projekt ohne vernünftigen Radweg plane.

Abg. <u>Siegberg</u> schloss sich dem Kompromissvorschlag an, gab aber gleichzeitig zu Bedenken, dass die Betriebserlaubnis im nächsten Jahr auslaufe und man insofern nicht mit ständig neuen Prüfaufträgen Zeit verlieren könne. Die Umsetzung der Verfahren müsse beschleunigt werden. Selbst die Stadtbahn Niederkassel werde noch eine lange Zeit bis zur Realisierung benötigen. Bis dahin seien die Bürger und Bürgerinnen zum Großteil auf das Auto angewiesen. Es müsse auch berücksichtigt werden, wieviel Fahrzeuge täglich dieses Nadelöhr nutzen. Er bat die Verwaltung um Einschätzung, auf was man sich einstellen müsse, wenn die Betriebserlaubnis auslaufe.

Stv. <u>Wehlus</u> führte aus, seine Fraktion habe dem Ratsbeschluss nicht zugestimmt, weil sie die Notwendigkeit eines vernünftigen Durchgangsverkehrs durch Bonn sehe und das gehe nur über die A 565. Der Tausendfüßler und

TOP Beratungsgegenstand Vorlagen-/Antrags-Nr.

die Nordbrücke werden auch stark vom Lkw-Verkehr genutzt. Den Lkw-Verkehr könne man weder reduzieren noch durch die Stadtstraßen leiten.

Abg. Waldästl machte deutlich, es bestehe Einigkeit darüber, den Tausendfüßler zukunftssicher zu machen. Es stelle auch niemand in Frage, dass wir für die PKWs und LKWs eine befahrbare Strecke brauchen, um die Stadt Bonn zu queren. Die Frage sei nur, wie könne dies realisiert werden. Bonn könne froh sein, dass sie jetzt eine Mehrheit haben, die die Verkehrswende mit mutigen Entscheidungen voranbringe. Es gehe nicht um die Frage nach Anzahl und Breite von Fahrspuren, sondern darum, wie die Region gemeinsam die Verkehrswende gestalten könne. Dabei sei der Tausendfüßler eben nicht das größte Verkehrsprojekt. Wichtig seien vielmehr die Projekte, die den Verkehr entlasten und die Region voranbringen, wie die Stadtbahn Niederkassel, die Seilbahn auf den Venusberg und das Thema Wasserbusse auf dem Rhein. Natürlich müsse auch eine Radbrücke gebaut werden und selbstverständlich brauchen die Fußgänger/-innen eine Querung über den Rhein. Hierfür sollten die progressiven Politiker aus Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis ihre Kräfte bündeln und gemeinsam nach vorne schauen.

Stv. <u>Biniek</u> äußerte, nicht jeder der von Meckenheim nach Siegburg wolle, müsse das Auto nutzen. Am besten sei eine Fahrt mit der Bahn. Auch der jetzige Lkw-Verkehr zur Verteilung der Güter solle nach Möglichkeit zukünftig reduziert werden. Auch wenn die SPD lange für einen 6-spurigen Ausbau gewesen sei, heiße das noch lange nicht, dass man diese Meinung nicht ändern könne, wenn man zu anderen Erkenntnissen gelange. Seine Fraktion halte es nicht mehr für gerechtfertigt, für einen Teil des Mobilitätskonzeptes eine so große Fläche zu verbrauchen. Deshalb habe die Bonner Ratskoalition jetzt diese neue Entscheidung mit dem 4-spurigen Ausbau getroffen.

Herr <u>Wiesner</u>, Planungsdezernent der Stadt Bonn, stellte bezogen auf den Wortbeitrag von Herrn Abg. Becker klar, dass er seinerzeit Mitglied der 3er-Delegation gewesen sei, die beim Verkehrsminister in Düsseldorf das eingefordert habe, was hier beschlossen worden sei. Herr Minister Wüst wollte die Entscheidung für einen Radweg nicht mittragen. Dies habe er dann den Gremien übermittelt.

Abg. <u>Krauß</u> stellte klar, Herr Wiesner habe nach seiner Rückkehr aus Düsseldorf aber auch geäußert, dass es Alternativplanungen gebe. Diese seien aber bis heute nicht vorgelegt worden. Seine Fraktion habe schon viel dar-

TOP Beratungsgegenstand Vorlagen-/Antrags-Nr.

über nachgedacht, wie der Fahrradverkehr im Bereich des Tausendfüßlers laufen könnte. Unter dem Tausendfüßler reiche der Platz nicht aus und eine Anhebung scheide aus topographischen Gründen aus. Ein Radweg neben den Fahrspuren bleibe deshalb die einzige Möglichkeit. Wenn man hierüber bereits im letzten Jahr nach der Beschlussänderung in Bonn gemeinsam nachgedacht hätte, wäre man jetzt deutlich weiter.

Abg. <u>Siegberg</u> betonte, ihm sei wichtig, dass man in der Sache nach vorn schaue und zeitnah gemeinsam eine Lösung finde. Er fahre täglich von Troisdorf-Müllekoven nach Bonn und stehe täglich im Stau. Die Betriebserlaubnis für den Tausendfüßler laufe aus und die Stadtbahn werde auch nicht in zwei Jahren fertiggestellt sein. Die Zeit laufe gegen uns. Es müssten jetzt gemeinsam Lösungen gefunden werden, um ein weiteres Verkehrschaos zu verhindern.

Abg. <u>Becker</u> wies nochmals darauf hin, dass Herr Wiesner – entgegen seiner Ankündigung – bis heute keine Planungsvariante für einen Radschnellweg vorgelegt habe. An Herrn Abg. Waldästl gerichtet, äußerte er, auch der SPD-Verkehrsminister habe sich bis 2017 nicht um solche Dinge gekümmert. Nach seinen langjährigen Erfahrungen werde keine Fraktion alleine ihren Standpunkt bei dem künftigen Verkehrsminister in Berlin durchsetzen können. Die Region müsse gemeinsam einen vernünftigen Kompromiss finden, um zu verhindern, dass Dritte darüber entscheiden.

Abg. <u>Steiner, Vorsitzender des Ausschusses für Planung und Verkehr des Rhein-Sieg-Kreises</u>, griff den Vorschlag von Herrn Abg. Becker auf und kündigte an, er werde versuchen, die verkehrspolitischen Sprecher in einer Videokonferenz zusammen zu bringen, um dann einen gemeinsamen Kompromiss zu finden.

Abg. <u>Siegberg</u> machte auf die noch ausstehende Einschätzung der Verwaltung zur Situation bei Auslaufen der Betriebserlaubnis aufmerksam.

Herr <u>Dr. Berbuir</u>, Leiter des Fachbereichs Verkehr und Mobilität beim Rhein-Sieg-Kreis, antwortete, eine Prognose sei schwierig. Wenn die Betriebserlaubnis auslaufe, werde die Autobahn GmbH prüfen, in welchem Umfange der Verkehr dann noch über den "Tausendfüßler" laufen dürfe.

Stv. <u>Dietsch, Vorsitzende des Ausschusses für Mobilität und Verkehr der</u> <u>Bundesstadt Bonn</u>, stellte einvernehmlich fest, die Ausschüsse nehmen die

TOP Beratungsgegenstand Vorlagen-/Antrags-Nr.

Mitteilung des Stadtplanungsamtes sowie die Wortbeiträge zur Kenntnis und die verkehrspolitischen Sprecher der Bundesstadt Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises versuchen, einen gemeinsamen Kompromiss zu finden.

5 Umbau der Kreuzung B 56 - Bundesgrenzschutzstraße - Reinhold-Hagen-Straße

Abg. <u>Stiefelshagen</u>, führte aus, der Kreuzungsbereich liege zwar auf Bonner Stadtgebiet, aber der Verkehr höre an der Stadtgrenze nicht auf. Deshalb sei es für die Stadt Sankt Augustin sehr wichtig, auch hier eine vernünftige Lösung für einen optimierten Verkehrsfluss zu finden. Er könne sich sehr gut vorstellen, dass dies durch einen leistungsfähigen Kreisverkehr gewährleistet werde.

Stv. <u>Leskien</u> warb ebenfalls noch einmal für eine "Kreisverkehr-Lösung" sowohl für den motorisierten Individualverkehr als auch für den Radverkehr. Im Übrigen habe seine Fraktion die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

6	Regionales Fahrradmietsystem einführen	
	- Sachstand und mögliche Beschlussfassung -	

SkB <u>Hospes</u> (Bonn) äußerte, es sei sehr erfreulich, wie gut das Fahrradmietsystem, insbesondere in Bonn, angenommen werde. Umso bedauerlicher sei es, dass es nur relativ schwer möglich sei, von Bonn in den Rhein-Sieg-Kreis und umgekehrt zu fahren. Obwohl der Anbieter gleich sei, werden hier zwei unterschiedliche Systeme genutzt. Er appelliere an beide Verwaltungen und die Verkehrsunternehmen, den Abschluss der Verträge zu synchronisieren, die Systeme zu verknüpfen und auch E-Bikes und Lastenräder mit einzubeziehen.

SkB <u>Tesfay</u> (Bonn) begrüßte das Bestreben, die Verträge zu synchronisieren und die bereits existierenden Systeme zu vernetzen. Klar sei aber auch, dass dies nicht einfach sein werde. Es müsse geklärt werden, welche modernen Instrumente und neuesten Technologien genutzt werden können, um die Bedarfsnachfrage und die Fahrradnetzplanung zu erfassen. Um die Fahrradmietsysteme möglichst komfortabel und nutzerfreundlich zu gestalten und gleichzeitig für die Anbieter rentabel zu bleiben, schlage er vor,

TOP Beratungsgegenstand Vorlagen-/Antrags-Nr.

dass die Stadt Bonn und der Rhein-Sieg-Kreis langfristig eine Plattform aufbauen, auf der möglichst alle Daten von Trägern und Fahrradanbietern zusammengebracht werden.

SkE <u>Meier</u> (Bonn/ADFC) erklärte, wenn "Übergabestation" so zu verstehen sei, dass man für eine Fahrt vom UN-Campus zum Kloster Heisterbach am Bf Oberkassel das Fahrrad wechseln müsse, dann sei das keine Lösung. Darüber hinaus wies er auf die Problematik beim Abstellen von E-Scootern hin, die teilweise mitten auf Fahrradwegen lägen. Er habe gehört, dass die Firma "nextbike" an einen E-Scooter-Anbieter verkauft werden solle. Vielleicht könne man das zum Anlass nehmen, noch einmal besonders auf die Abstellproblematik einzugehen.

Abg. Krauß betonte, die Politik habe sehr frühzeitig auf die Vernetzung der Fahrradmietsysteme gedrängt. Obwohl im Rhein-Sieg-Kreis und in der Bundesstadt Bonn der gleiche Anbieter zum Einsatz komme, werden unterschiedliche Systeme genutzt. Es gebe viel zu wenig Übergabestationen. Es könne nicht sein, dass die Mieträder an der Stadtgrenze liegen bleiben. Es müsse ein System geschaffen werden, das durchlässig sei, unabhängig davon, auf welchem Gebiet die Räder angemietet werden. Es müsse endlich das umgesetzt werden, was die Politik schon lange beschlossen habe.

Abg. <u>Becker</u> bemerkte, alle wollen die Verkehrswende und stehen für eine fortschrittliche Verkehrspolitik ein. Die Stadt Bonn liege in der Mitte des Rhein-Sieg-Kreises. Wenn es beim Fahrradverkehr zwischen Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis nicht hinzubekommen sei, zentrale Übergabestationen zu schaffen, dann könne auch nicht von fortschrittlicher Verkehrspolitik die Rede sein.

Antrag:

Deshalb schlage er vor, dass beide zuständigen Fachausschüsse ihre Verwaltungen beauftragen, bis zur nächsten gemeinsamen Sitzung ein Konzept für zentrale Übergabestationen zu erarbeiten.

SkB <u>Tesfay</u> (Bonn) stimmte Herrn Abg. Becker zu und wies noch einmal darauf hin, dass es auch gerade deshalb so wichtig sei, dass die Stadt Bonn dafür sorge, dass alle Daten auf einer zentralen Plattform zusammengeführt werden.

Abg. <u>Waldästl</u> hielt den Vorschlag von Herrn Abg. Becker grundsätzlich für richtig. Aus Sicht der SPD-Fraktion müsse aber darüber nachgedacht wer-

TOP Beratungsgegenstand Vorlagen-/Antrags-Nr.

den, ob es sich hierbei wirklich um reine Übergabestationen handele. Anstatt an der Stadtgrenze auf ein anderes Rad umzusteigen, mache es doch viel mehr Sinn, mit dem Rad aus Bonn soweit zu fahren, bis das Ziel im Rhein-Sieg-Kreis erreicht sei. Da es diese Problematik im Rhein-Sieg-Kreis auch noch an anderen kommunalen Grenzen, z.B. zum Rhein-Erft-Kreis, gebe, sollte darüber hinaus überlegt werden, das Thema beim NVR bzw. VRS zu platzieren.

Stv. <u>Beu</u> schloss sich den Ausführungen von SkB Tesfay und Abg. Becker an. Das Fahrradmietsystem müsse nutzerfreundlicher werden. Für die Bürger und Bürgerinnen seien die kommunalen Grenzen irreal. Als Beispiele nannte er die Nutzung des Mietrades zwischen Bonn-Dransdorf und der Alanus-Hochschule und zwischen Mehlem und Niederbachem. Er wies aber auch darauf hin, dass die SWB als ein Partner von nextbike sicherlich kein Interesse daran habe, den Vertrag vorzeitig zu beenden, da dieser zu günstigen Konditionen abgeschlossen worden sei. Dennoch müsse hier eine Lösung gefunden werden, die dem Gedanken des regionalen Fahrradmietsystems Rechnung trage. Insofern sei der Vorschlag von Herrn Abg. Becker ein erster Schritt. Er sprach sich dafür aus, dass auch der Bonner Fachausschuss dem Antrag heute zustimme. Das könne aber nur ein Anfang sein. Am Ende müsse es ein Fahrradmietsystem der Region Bonn/Rhein-Sieg geben. Er warnte davor, das Thema an den NVR/VRS abzugeben. Es müsse hier von der Region gelöst werden.

Abg. Steiner, Vorsitzender des Ausschusses für Planung und Verkehr, bekräftigte, dass das Problem hier in der Region zeitnah gelöst werden müsse. Für ein regional übergreifendes System habe es seinerzeit vertragliche Probleme gegeben, weil dies bei der Ausschreibung so nicht vorgesehen war. Zukünftig sollte deshalb über eine gemeinsame Ausschreibung nachgedacht werden. Aber jetzt müsse eine Übergangslösung gefunden werden. Er rate deshalb dringend dazu, dem Antrag des Abg. Becker zuzustimmen.

Abg. <u>Becker</u> schlug ergänzend vor, das Wort "Übergabestation" durch "Übergabekonzept" zu ersetzen.

Abg. <u>Suchetzki</u> bat darum, den Antrag um folgenden Satz zu ergänzen: "Mittelfristig soll ein gemeinsames Fahrradmietsystem angestrebt werden."

TOP Beratungsgegenstand Vorlagen-/Antrags-Nr.

Der Antragsteller stimmte der Bitte zu.

B.-Nr. Der Ausschuss für Mobilität und Verkehr der Bundesstadt Bonn und der

<u>PVA</u> Ausschuss für Planung und Verkehr des Rhein-Sieg-Kreises beauftragen

BN/RSK die Verwaltungen, bis zur nächsten gemeinsamen Sitzung ein Übergabe-

05/21 konzept für das regionale Fahrradmietsystem zu erarbeiten.

Mittelfristig soll ein gemeinsames Fahrradmietsystem angestrebt wer-

den.

Abst.- RSK: einstimmig Erg.: Bonn: einstimmig

7	Stadtbahnlinie 66	
7.1	Situation Friedhof Beuel	

Anmerkung der Schriftführerin:

Der Tagesordnungspunkte 7.1 und 7.2 (für Bonn 7.1-7.3) wurden zusammen beraten.

Zu TOP 7.1 (in Bonn als TOP 7.3) wurde am 10.11.2021 eine Beschlussvorlage für den Rat der Stadt Bonn nachversandt ("Prüfauftrag Beschleunigung der Linie 66 – Straßenraumaufteilung im Bereich der Sankt Augustiner Straße zwischen Combahnstraße und Niederkasseler Straße"), die in der heutigen Gemeinschaftssitzung lediglich zur Kenntnis gegeben wird, weil sie in Bonn für den 16.11.2021 nicht fristgerecht eingereicht wurde und deshalb erst in der Sitzung des Bonner Ausschusses für Verkehr und Mobilität am 23.11.2021 als Empfehlung an den Rat beschlossen werden kann.

Stv. <u>Leskien</u> wies darauf hin, dass der Antrag in der Bezirksvertretung Beuel geändert beschlossen worden sei. Die Bezirksvertretung habe sich für die Planungsvariante 3 ausgesprochen. Er erkundigte sich, ob es hierzu seitens der Verwaltung eine rechtliche Einschätzung gebe und mit welcher Ausführungszeit zu rechnen sei.

Herr <u>Wiesner</u>, Planungsdezernent der Stadt Bonn, führte aus, mit der Entscheidung der Bezirksvertretung Beuel sei jetzt die Variante bekannt, mit der weiter geplant werden solle. Die jetzt geplante Trassenführung umfas-

TOP Beratungsgegenstand Vorlagen-/Antrags-Nr.

se den Bahnkörper, die IV-Spuren sowie einen baulich gesicherten Radweg und werde durch einen Bebauungsplan öffentlich-rechtlich abgesichert. Parallel laufen schon länger Gespräche mit den betroffenen Grundstückseigentümern. Falls die Gespräche nicht zum Erfolg führen sollten, habe man dann ggf. mit dem Bebauungsplan Zugriffsmöglichkeiten auf die entsprechenden Grundstücke. Eine genaue Zeitplanung sei im Moment noch nicht möglich. Wichtig sei aber, dass inzwischen die mit dem Friedhofsgrundstück betroffene Kirchengemeinde ihr Einverständnis signalisiert habe.

Abg. <u>Siegberg</u> zitierte aus der Stellungnahme der Verwaltung (Seite 4): "...Die Umsetzung eines straßenbegleitenden Radwegs gemäß Prüfauftrag (Varianten 2 und 3) verkompliziert die Realisierung eines Bauvorhabens an dieser Stelle zusätzlich..."). Dadurch erhöhe sich die Gefahr eines Enteignungsverfahrens. Es gehe aber nicht in erster Linie um den Radweg, sondern um ein eigenes Gleisbett zur Beschleunigung der Linie 66 und ggf. zur Aufnahme der Stadtbahnlinie Niederkassel. Er frage sich, ob es nicht besser wäre, durch die Umsetzung der von der Verwaltung als Variante 1 vorgeschlagenen Planung zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen.

Stv. <u>Beu</u> trug vor, allein aus Radverkehrsgründen müsste man sich eigentlich für die Variante 2 entscheiden, da diese die größte Breite für den Radverkehr vorsehe und die Sankt Augustiner Straße gerade auch für den Radverkehr eine große Bedeutung habe. Die Gerichte würden sich nicht generell für den geringsten Flächeneingriff entscheiden, sondern sie würden abwägen, was zumutbar und vernünftig sei.

Außer den angesprochenen zusätzlichen Engstellen am Stadthaus/Wilhelmstraße und am Bertha-von-Suttner-Platz müsse auch der Punkt der barrierefreien Haltestellen, insbesondere auch in Oberkassel, mitbedacht werden. Er wollte wissen, wie weit die Verwaltung hierzu mit ihren Überlegungen sei.

Herr <u>Juffa</u>, Planungsamt der Stadt Bonn, antwortete, grundsätzlich könnten alle drei Haltestellen in Oberkassel barrierefrei ausgebaut werden. Dies sei auch mit dem Fördermittelgeber abgesprochen. Wenn auf eine Haltestelle verzichtet werde, gebe es allerdings einen nicht unerheblichen Zeitvorteil im Rahmen der Beschleunigung der Linie 66. Die Entscheidung hierüber solle in einer der nächsten Gremiensitzungen getroffen werden. Eine entsprechende Verwaltungsvorlage sei bereits in Vorbereitung.

1. Gemeinschaftssitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg am	1
16.11.2021	

TOP Beratungsgegenstand Vorlagen-/Antrags-Nr.	TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
---	-----	---------------------	-----------------------

7.2 Anschaffung neuer Fahrzeuge

siehe TOP 7.1

8 Modellprojekt innovativer digitaler Pendler-Tarif

Der <u>Vorsitzende des Ausschusses für Planung und Verkehr, Abg. Steiner</u>, erläuterte kurz den Hintergrund des Modellprojektes. Die drei Verkehrsverbünde VRR, NVR und der westfälische Verkehrsverbund haben sich im Rahmen des digitalen Klimaschutzpaketes des Bundes mit einem Projekt zum Pendler-Tarif beworben, aber leider keinen Zuschlag erhalten. Im Tarifbeirat des VRS sei jetzt verabredet worden zu prüfen, inwieweit zumindest auf dem Gebiet des VRS ein digitaler Pendler-Tarif angeboten werden könne. Die Ergebnisse des Gutachtens sollen im 1. Halbjahr 2022 vorliegen. Es wäre gut, wenn dies von den kommunalen Gremien unterstützt würde. Deshalb werbe er heute für eine Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Stv. <u>Beu</u> bemerkte, es könne eigentlich niemand gegen die Flexibilität beim JobTicket sein. Er warne allerdings davor, dass die Mindereinnahmen durch ein flexibles JobTicket zu einer Verteuerung bei den anderen Tarifen führen.

Abg. <u>Becker</u> schloss sich den Ausführungen an. Seine Fraktion werde dem Beschlussvorschlag ebenfalls zustimmen. Allerdings müsse man die im nächsten Jahr anstehenden Veränderungen im Land und beim Bund genau beobachten. Er persönlich bezweifle, dass dabei am Ende eine Verpflichtung zur Abnahme eines JobTickets herauskomme. Aber die Kommunen und Verkehrsverbünde müssten zukünftig bei der Finanzierung des ÖPNV von Land und Bund besser unterstützt werden.

Stv. <u>Wehlus</u> begrüßte, dass sowohl die Stadt Bonn, als auch der Rhein-Sieg-Kreis wollen, dass das JobTicket attraktiver werde. Durch den Beschluss werde das gemeinsame Vorgehen dokumentiert und der Druck auf Land und Bund erhöht.

Stv. <u>Biniek</u> bat darum, die Beschlussfassung des Ausschusses für Mobilität und Verkehr auf die Einzelsitzung am 23.11.2021 zu vertagen. Hierüber be-

TOP Beratungsgegenstand Vorlagen-/Antrags-Nr.

stand Einvernehmen.

Abg. <u>Becker</u> schlug vor, den Beschlussvorschlag um folgenden Halbsatz zu ergänzen: "...sowie die Vertreter der Stadt Bonn zu bitten, den Beschluss baldmöglichst nachzuholen."

B.-Nr. PVA BN/RSK

06/21

Der Ausschuss für Planung- und Verkehr des Rhein-Sieg-Kreises beschließt, die Gremien der Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS) und die Geschäftsführung der VRS GmbH zu bitten, die Arbeiten am "Modellprojekt innovativer digitaler Pendler-Tarif" wiederaufzunehmen und einen Vorschlag zur Umsetzung im Gebiet des VRS vorzulegen sowie die Vertreter der Stadt Bonn zu bitten, den Beschluss baldmöglichst nachzuholen.

Abst.- RSK: einstimmig

Erg.: Bonn: vertagt auf die Einzelsitzung am 23.11.2021

9 Antrag der Bonner CDU-Fraktionvom 26.10.2021: Vortrag zum überregionalen ÖPNV sowie SPNV

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung vertagt (s. TOP 1.1, B.-Nr. PVA BN/RSK 03/21).

Antrag der Bonner CDU-Fraktion vom 26.10.2021: Weiterentwicklung von überregionalen Verkehrsprojekten

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung vertagt (s. TOP 1.1, B.-Nr. PVA BN/RSK 03/21).

10.1 Beteiligung des Rhein-Sieg-Kreises an dem Projekt
"METRO-KLIMA-LAB"

Anmerkung der Schriftführerin:

Dieser Tagesordnungspunkt wurde durch Nachtrag vom 04.11.2021 ausschließlich auf die Tagesordnung des Ausschusses für Planung und Verkehr des Rhein-Sieg-Kreises aufgenommen.

Wortmeldungen gab es nicht.

1. Gemeinschaftssitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg am
16.11.2021

TOP Beratungsgegenstand Vorlagen-/Antrags-Nr.

Der <u>Vorsitzende des Ausschusses für Planung und Verkehr, Abg. Steiner,</u> stellte die Beschlussempfehlung der Verwaltung zur Abstimmung.

B.-Nr. Der Ausschuss für Planung und Verkehr empfiehlt dem Kreisausschuss,

PVA dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

BN/RSK Der Rhein-Sieg-Kreis beteiligt sich an dem Projekt "METRO-KLIMA-LAB"

07/21 unter Federführung der Stadt Niederkassel mit den gleichberechtigten

Projektpartnern Stadt Niederkassel, Stadt Köln, Stadt Troisdorf.

Abst.- RSK: einstimmig

Erg.: Bonn: ./.

11	Mitteilungen und Anfragen	
11.1	Aktuelle Mitteilungen und Anfragen	

Es lagen keine aktuellen Mitteilungen und Anfragen vor.

Ende des öffentlichen Teils

Nichtöffentlicher Teil

12	Mitteilungen und Anfragen	

Hierzu lagen keine Wortmeldungen vor.

Ingo SteinerUrsula HillebrandVorsitzenderSchriftführerin

gez. Hillebrand